

■ Der Historiker Kurt Pätzold ist am 18. August in im Alter von 86 Jahren in Berlin-Köpenick verstorben. Die *Junge Welt* veröffentlicht aus diesem Anlass einen Auszug aus seiner letzten Arbeit über die Rolle der Volksmassen in der Geschichte. Der erste Teil erschien in der Ausgabe vom 20./21. August. Der Text wird in Gänze demnächst in der Edition Ost erscheinen. (jW)

Am zweiten Tag seiner Kanzlerschaft verkündete Adolf Hitler in einer Rundfunksprache das »Programm« der Regierung. In seiner Rede malte er ein Horrorsbild von der deutschen Geschichte seit der Novemberrevolution. Seine Schlagwörter lauteten: Zersetzung, Zwietracht, Zerrissenheit, Misshandlung, Hunger, Elend, Leid, Ruin, Verfall, Katastrophe, Chaos. Die Darstellung der Weimarer Republik als einer einzigen Schreckenszeit gehörte zum Grundbestand aller 1933 folgenden Reden Hitlers und diente auch später noch dem Zweck, die »Größe« des eigenen Verdienstes hervorzuheben, sich selbst als Retter, ja Erlöser erscheinen zu lassen.

Dabei wechselte die Akzentuierung der Schuldzuschreibungen. Verantwortlich wäre das Volk selbst – und zwar durch sein Verhalten im November 1918, wodurch, was folgte, als Strafe über die Deutschen gekommen sei, hätte ihnen der Herrgott doch darauf seinen Segen entzogen. Die Schuldigen genauer markierend, nannte Hitler »die Parteien des Marxismus«, die angeblich in den seitdem verflorenen nahezu anderthalb Jahrzehnten geherrscht hätten. Während die Sozialdemokratie, die 1919/1920 und von 1928 bis 1930 den Reichskanzler an der Spitze von Regierungen großer Koalitionen gestellt hatte, namentlich unerwähnt blieb, richtete sich die geballte Anklage gegen die Kommunisten, ungeachtet dessen, dass die KPD in allen Republikjahren an keiner Reichsregierung beteiligt gewesen war.

Bald verlängerte Hitler die Liste der Schuldigen um die »anderen«, die Deutschland »14 Jahre lang verkommen ließen«. Und zugleich wurden die Siegermächte des Ersten Weltkrieges und die Autoren des Versailler Vertrages für den in tiefschwarzen Bildern beschriebenen Zustand des Reiches verantwortlich gemacht. Weil dieser Vertrag ihnen »alle Lebensaussichten und Lebensmöglichkeiten« zerstörte, hätten sich »jährlich in Deutschland 20.000 Menschen das Leben genommen« (Rede im Sportpalast am 24. Oktober 1933). Bemerkenswert war, dass in dieser Tirade ein Wort nicht fiel, das doch zum festen Repertoire der Hetz- und Hassreden der Nazis gehörte, das Wort: Jude. (...)

Massenhaftes Überläufertum

In den ersten beiden Jahren der Nazidiktatur schwoll die Mitgliederzahl der NSDAP auf nahezu 2,5 Millionen an, wobei der Zustrom der Männer den der Frauen weit überzog. Gemessen an den 66 Millionen Staatsbürgern war am 1. Januar 1935 im Durchschnitt jeder 26. ein »Parteigenosse«. (...)

Das Überläufertum – für das Jahrzehnte später bei einem anderen geschichtlichen Bruch der Begriff »Wendehälse« geprägt wurde – besaß Antriebe, die sich in vielen ähnlichen Situationen der Geschichte beobachten lassen. Dazu gehörten der Sog des Erfolgs ebenso wie Ängste um die soziale Stellung und Reputation. Und wie in normalen Zeiten, in solchem Wechsel aber vermehrt, trat bei den einen die Neigung zum Konjunkturritortum, bei anderen der Hang zum Mitläufer hervor. Überzeugungen, je weniger gefestigt, wurden gewechselt wie Hemden. Selbst wenn beim ersten Schritt – der Mitgliedschaft in eine Organisation der NSDAP – noch der Selbstbetrug im Spiele war, innerlich ja »der alte zu bleiben«, entgingen nur wenige der ideologischen Gleichhaltung und Unterwerfung. »Diese Leute, die allein schon dadurch einen Beweis für ihre Charakterschwäche geliefert haben, dass sie die Aufnahme in die Partei beantragten, tendieren, sobald sie ihr angehören, ohne Zweifel dazu, rasch ihre bisherigen Meinungen aufzugeben und das nazistische Gedankengut zu übernehmen«, schrieb Sebastian Haffner (Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet, London 1940). Das galt, wenn



Nach dem Krieg erachteten sich die meisten Deutschen als unschuldig. Den eigenen Anteil am Faschismus blendeten sie aus – Begrüßung Hitlers am 1. Oktober 1938 in Berlin nach dem Abschluss des Münchner Abkommens

Mitläufer und Täter

Nach 1933 entschloss sich nur eine Minderheit der Deutschen zum Widerstand, der Großteil der Bevölkerung fügte sich in die neuen Verhältnisse ein. Über die Rolle der Volksmassen im Faschismus (Teil 2 und Schluss). Von Kurt Pätzold

auch in unterschiedlichem Grade, für frühere Anhänger verschiedener politischer Richtungen. Die massenhafte Bereitschaft zum Wechsel der Mitgliedsbücher, Fahnen und Überzeugungen verstärkte die faschistischen Machthaber mit Aufwand und Geschick. Sie schufen eine Atmosphäre von Unaufhaltsamkeit und Sieghaftigkeit und verstanden durch rasch aufeinanderfolgende Kampagnen und Inszenierungen eine freudige, ja feierliche Hochstimmung bis hin zum Taumel zu erzeugen. Auf den »Tag der nationalen Erhebung« (30. Januar), folgte der Wahltag (5. März), auf diesen der »Tag von Potsdam« (21. März), sodann der »Tag der nationalen Arbeit« (1. Mai).

Noch gab es wenig Brot, aber schon Spiele. Aus dem Alltag herausragende Feste zählten fortan, jedenfalls in den Vorkriegsjahren, zur Methodik der Machtbefestigung – und das von Berlin bis in das letzte Dorf. Victor Klemperer notierte 1938 in seinem Tagebuch: »Es ist auffallend wie immer und überall (...) immer und immer wieder und nicht nur sonntags: Feste und Fahnen. Jahrmärkte. Schützen, Regimentstreffen. Sportfest einer SA-Gruppe, 600-, 625-, 650- usw. Stadtjubiläum, Bergbaujubiläum (neulich in Freiberg mit Trachten) etc. Immer Feste, Volksgemeinschaft, drittes Reich, Fahnen, Fahnen, Fahnen.«

Und die anderen, die sich von all diesen politischen Inszenierungen, von Feiern, Aufmärs-

chen, Kundgebungen, von Versprechen und Verheißungen nicht anziehen, nicht mitreißen ließen? Zu ihnen gehörte nicht nur jene Minderheit, die sich zum Widerstand entschloss und Wege und Mittel suchte, der Machtstabilisierung entgegenzuwirken. Dazu zählten auch Menschen, die sich ein eigenes kritisches Urteil bewahrt hatten, sich mitunter früher schon von jedem politischen Aktivismus ferngehalten hatten und das auch und jetzt erst recht taten. Aus dieser Gruppe beruhigten sich viele selbst. Es werde, meinten sie, dieses »Theater« oder dieser »Schwindel« nicht lange dauern. Das müsse sich »totlaufen« und an inneren Widersprüchen scheitern. Andere Hoffnungen richteten sich auf die Haltung des Auslands. Bis dahin müssten die verachtenswerten Verhältnisse ertragen werden. Wie diese Hoffnungen und Erwartungen sich jedoch als trügerisch erwiesen, wurden sie in bürgerlichen antinazistischen Kreisen durch den Versuch völligen Abtauchens ins Private ersetzt und durch eine Haltung, die sich – »Politisch kein Lied, garstig Lied« – um nichts mehr scherte und kümmerte.

Zunächst genützte das den neuen Herren, denn durch derlei Rückzug konnten sie ungestört agieren. Als bald aber wurde solche Nischenexistenz von den Nazis aufgestöbert und als »Spießbüchse« attackiert. Sie fiel dem Druck der »nationalen Mobilisierung« zum Opfer, dem an Arbeits- und Wohnplätzen immer weniger zu entgegen-

war. Aus Gewährlassen wurde stufenweise ein Mittun, wie Sebastian Haffner meinte.

Dass sich die Diktatur nach 1933 konsolidierte, war nur zum geringeren Teil durch Verbesserungen auf wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet bestimmt, die sich die Machthaber als ihre Erfolge hätten zuschreiben können. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich im Jahresverlauf zwar reduziert, doch Millionen waren nach wie vor ohne Arbeit, und ihre Zahl stieg am Jahresende saisonal bedingt an. Sie lebten in den elenden, zermürbenden und zerstörenden Verhältnissen weiter, in die sie die Krise, zusätzlich verschärft durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen der letzten Regierungen der Republik gestürzt hatte. Auch arbeitslose SA-Mitglieder warteten nach wie vor auf die Früchte der »Revolution«, obwohl versucht wurde, so in Sachsen, ihnen bei Unternehmern bevorzugt einen Arbeitsplatz zu verschaffen. Zu ihrer Enttäuschung war die »nationalsozialistische Revolution« inzwischen, das geschah im Juli 1933, für beendet erklärt worden. Sie hatte in der Inbesitznahme der Kommandohöhen des Staatsapparates durch die Faschistenführer und der Liquidierung oder Illegalisierung der politischen Konkurrenten und Gegner bestanden. Das Fundament der kapitalistischen Gesellschaft war unangetastet geblieben. (...)

Insgesamt vollzog sich die Etablierung und Festigung der faschistischen Diktatur in

Deutschland, verglichen mit der vorausgegangen in Italien, in rasendem Tempo. Wozu Mussolini Jahre gebraucht hatte, das geschah unter Hitler binnen Monaten. Die übermumpelten Kräfte des Widerstands, ins Ausland getrieben oder in die Illegalität, hatten keine annähernde Vorstellung davon besessen, wie grundstürzend und wie rasch sich das Kräfteverhältnis gegen sie wenden könnte. Vorerst war kein Moment absehbar, an dem sich eine Chance erkennen ließ, den Prozess der Machtbefestigung auch nur zu verlangsamen. (...)

Zum äußeren Druck kam hinzu, dass in Schichten der Arbeiter – und das besonders unter den besserdienenden – ein Prozess der Entpolitisierung um sich griff, basierend ebenso auf der Zufriedenheit mit den neuen Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten, wie auf der

Überzeugung, dass sich an den Verhältnissen auf unbestimmte Zeit ohnehin nichts ändern lasse. Dieser Teil der Arbeiter wich politischen Gesprächen aus und suchte sich das Leben, so gut es mit den verfügbaren Mitteln eben ging, nach eigenen Entschlüssen einzurichten. Aus diesem Kreis wird in einem Bericht eine Stimme wie folgt zitiert: »Wir geben auch zu, dass heute sehr vieles faul ist. Aber materiell ist es uns noch nie so gut gegangen wie jetzt, und das ist auch was wert.« (Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1934–1940, Reprint, Frankfurt 1989) (...)

Verfolgung der Juden

Aus dieser von der Nazireklame als einträchtig geschilderten deutschen Volksgemeinschaft war eine Gruppe Deutscher ausgesondert, die Juden, gleichgültig, ob ihre Vorfahren seit Jahrhunderten in Deutschland gelebt oder in jüngerer Vergangenheit eingewandert waren, egal, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, sich um sie beworben hatten oder nicht. Die deutsch-faschistischen Ideologen bezeichneten sie als unwandelbar Nichtdeutsche, als Träger angeblich jüdischen Blutes, das gemessen am »germanischen« oder »arischen« minderwertig sei. Sie wären ausnahmslos Schmarotzer, die den Deutschen nur Schaden zugefügt und sie ausgebeutet hätten, ja gar beabsichtigten, sie sich zu unterwerfen.

Diese Dogmen, groteske Lügen, mussten Menschen mit durchschnittlichen Verstandeskräften eigentlich genügen, die Faschisten zu meiden, die sich schon in der Republik als die rabiatesten Judenfeinde hervorgetan hatten und es mit ihrer antijüdischen Hetze verstanden, weitere und vielfach fanatische Anhänger zu gewinnen. Und das umso leichter, als sie auch auf diesem Felde nicht die Ersten waren. Sie konnten an Vorarbeiten und -leistungen anknüpfen, nicht zum wenigsten an die des Antijudaismus der Christen. Der ließ, anders als die Blutlehre der Nazis, den Juden zwar die Chance zur Konversion, diffamierte sie aber seit Luthers Zeiten auf eigene Weise.

Am 30. Januar 1933 hatte das Reich zum ersten Mal einen Reichskanzler erhalten, der bekennender und aggressiver Antisemit war, die Juden schlechthin zu Feinden nicht nur der Deutschen, sondern aller Europäer und der Menschheit erklärte. Das bedeutete, dass sie von allen anderen Erdenbewohnern abgetrennt, jedenfalls aber aus Deutschland ausgewiesen werden müssten. Und tatsächlich wurden solche Programme entwickelt, wenn auch zunächst nicht propagiert. (...)

Einerseits besaß dieser Antisemitismus in deutscher Vergangenheit Vorarbeit und Vorläufer, was Hinnahe und Billigung bewirkte. Andererseits stellte er als Staatspolitik einen Bruch dar. Seit der Reichsgründung, und in manchen deutschen Staaten schon vor 1871, waren alle antijüdischen Gesetze aufgehoben worden, was mehr oder weniger vollständige Chancengleichheit auf allen Feldern der Gesellschaft bedeutete. Nun jedoch wurden die Deutschen jüdischer Herkunft – sie waren in ihrer Mehrheit auch jüdischen Glaubens – jene Stufen zur

Gleichberechtigung, die demokratische und sozialistische Bewegungen gelegt und die sie zuvor hinaufgestiegen waren, wieder hinabgestoßen.

Das konnte nicht geschehen ohne geistigen und mentalen Wandel der Mehrheit der nicht-jüdischen Deutschen. Dafür gab es Voraussetzungen. Der Antisemitismus war im Kaiserreich wie in der Republik eine in bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten verbreitete Gesinnung und reichte bis in geistig rückständige Arbeiterschichten, die von jeglicher Aufklärung unerreicht geblieben waren.

Die antijüdischen Aktionen begannen 1933 nicht von Staats wegen, sondern wenige Wochen nach der Etablierung der Hitler-Regierung an deutschen Universitäten. SA-Mitglieder unter den Studenten zogen vor die Türen von Hörsälen und Seminarräumen, um Kommilitonen an der Teilnahme an Lehrveranstaltungen jüdischer Hochschullehrer zu hindern, eine Aktion des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, die Auskunft über die geistige und politische Verfassung eines Teils derer gab, die beanspruchten, »deutsche Elite« zu sein oder zu werden. Ähnliches geschah vor Gerichtsgebäuden, wo Juden gehindert wurden, an Verhandlungen teilzunehmen – sie hätten »Deutsche« weder anzuklagen noch zu verteidigen oder gar zu verurteilen.

Darauf vergingen nur Tage, und die Regierung – die Faschisten in Gemeinschaft mit ihren konservativen deutschnationalen Partnern – begann den Antisemitismus per Gesetz zu fixieren. Am 7. April 1933 wurde in einem Beamtengesetz bestimmt, Juden hätten ihre staatlichen Arbeitsstellen von den Ministerien bis in die Kommunen und deren Unternehmen, ob Gasanstalten oder Wasserwerke, Theater oder Krankenhäuser, zu verlassen, sie dürften dort nicht länger beschäftigt werden. Das war der Auftakt einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen. Sie liefen alle darauf hinaus, jüdischen Deutschen den Arbeits- und Lebensraum mehr und mehr einzunehmen und ihnen schließlich keine Chance des Weiterlebens im Reich mehr zu lassen.

An dieser Politik von ihrer Planung bis zu ihrer Durchführung war eine Minderheit von Deutschen beteiligt. Eine Minderheit wurde auch deren Nutznießer. Kapitalisten gelangten billig zum Eigentum ihrer Konkurrenten, zu industriellen Betrieben, Banken, Versicherungen, Großhandlungen, Warenhäusern, Aktien, Gesellschaftsanteilen. Kleinbürger zogen aus der Beseitigung des jüdischen Geschäftsinhabers an der nächsten Straßenecke Vorteil. Ein von seinem Platz vertriebener Jude eröffnete einem »Ariern« Arbeits-, Verdienst- oder Aufstiegschance, sei es als Hochschullehrer, Schauspieler, Arzt oder Jurist, Prokurist oder was auch immer. Diese Minderheit der Akteure und Nutznießer, die identisch sein konnten, aber nicht mussten, wuchs mit der Dauer der Nazidiktatur und der Ausweitung der Judenverfolgungen. (...)

Die Masse der Deutschen, die keinen Brand gelegt, keinen Stein geworfen, keinen Hammer geschwungen hatten, mochten sich auf ihr Unbeteiligtsein etwas zugute halten. Das änderte nichts daran, dass sie Hilfsbedürftigen ihren Bestand verweigert hatten. Nicht nur das sollte sich

in den Jahren, die folgten, wiederholen. Denn Rohheit und Rücksichtslosigkeit, mindestens aber Gleichgültigkeit gegenüber dem Leben ihnen bezeichneter Feinde waren Erziehungsziele des »Nationalsozialismus« und nicht bloßes Nebenprodukt.

Spätere Zeugnisse sprechen von einzelnen, für die der 9. November 1938 der Tag des Bruches mit dem Regime wurde, dem sie sich anernähert oder mit dem sie sich ausgesöhnt hatten. Keine Belege gibt es für eine Erschütterung einer erheblichen Zahl von »Reichsbürgern«, von einem Aufbäumen des Anstands, Antisemitismus und Judenfeindschaft waren Schritt für Schritt als Staatspolitik akzeptiert worden. (...)

Ohne jede Schuld

Noch bevor im Krieg der letzte Schuss fiel, wurde die Frage nach Schuld und Verantwortung aufgeworfen, nicht für den Weg in den Krieg, sondern für den in die Niederlage. Es hielt sich weithin die Vorstellung von der Schuld der nunmehr als unfähig angesehenen Führer auf unterer und mittlerer Ebene. Ihre Großspürigkeit und Arroganz, ihr Wohlleben, ihre Unfähigkeit und – am Ende – auch ihre Feigheit gehörten zu den Erfahrungswerten vieler.

Gegen diese Gruppe richtete sich der Hass vieler Deutscher, verlangten diese Nazis doch bis ins Frühjahr 1945 den sinnlosen Widerstand, organisierten und befehligten ihn und verfolgten alle, welche die weiße Fahne hissen wollten. Nächste ihnen betrafen Kritik und Schuldzuweisung angesichts der Erlebnisse und Folgen des Bombenkrieges wieder und wieder die Luftwaffe und ihren Oberbefehlshaber Hermann Göring. Hartnäckig hielt sich die Legende vom Verrat, begangen von hohen und höchsten Militärs, der in die Niederlage geführt habe.

Und der »Führer«? Dem Selbstmörder kam zugute, dass jede ihm geltende Kritik die Flugbahn eines Bumerangs nahm. Denn die sie jetzt äußern mochten, hatten auf ihn, seine Größe, sein Allwissen, sein Feldherrnwie, seine Unfehlbarkeit gesetzt, sie hatten lange seine begeisterte Gefolgschaft gebildet. Nichts vergaßen sie jedoch schneller als das.

Als das Naziregime 1945 militärisch geschlagen war und sich seine obersten Führer vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zu verantworten hatten, bestand kein Zweifel, dass sie nicht allein bewirkten, was seit 1933 in Deutschland geschehen und in Europa und weit über dessen Grenzen hinaus angerichtet worden war. Doch die Massen selbst? Es sei eine »allgemeine Erscheinung«, hieß es in einer Analyse der »Reichsregierung Dönitz« vom März 1945, »dass die breiten Schichten des Volkes sich schon von jeder Schuld für die Kriegsentwicklung freisprechen. Sie beziehen sich darauf, dass nicht sie die Verantwortung für Kriegführung und Politik gehabt haben. Vielmehr sei von ihnen alles getan worden, was die Führung seit Beginn dieses Krieges verlangt hat.« Viele begannen, sich als vollkommen unschuldige Opfer zu sehen. Sie hätten es nicht »verdient«, »in eine solche Katastrophe geführt« worden zu sein.

Dieser Gefühlsdruck trugen in den westlichen Besatzungszonen nur Monate später jene Nachkriegspolitik Rechnung, die auf der Suche nach Wählern für die anberaumten Landtagswahlen waren. Sie bestätigten den Umworbenen ihren Opferstatus und vermieden es wieder besseres Wissen von deren Rolle als Gefolgsleute der verbrecherischsten Politiker zu sprechen, die in deutscher Geschichte je an der Spitze eines Staatswesens gestanden hatten.

Der Weg zu Erkenntnis und Eingeständnis des eigenen Anteils am Geschehen verlängerte sich für die in den Westzonen lebenden Deutschen auf diese Weise zusätzlich. Millionen, die »Mitläufer« eingestuft, gelangten nie bis an dessen Ende. Nicht wenige Zeitgenossen von Faschismus und Krieg weigerten sich, den Weg der Selbsterkenntnis überhaupt zu betreten.

■ Lesen Sie morgen auf den jW-Themaseiten:

In Isolationshaft. Wie die USA Chelsea Manning behandeln

Von Jürgen Heiser

■ Erklärung der VVN-BdA zum Tod von Kurt Pätzold

Wir müssen Abschied nehmen von einem großen antifaschistischen Geschichtswissenschaftler, von Prof. Dr. Kurt Pätzold. Im Alter von 86 Jahren starb er am 18. August 2016.

Geboren am 3. Mai 1930 in Breslau erlebte er als Kind und Jugendlichen die faschistische Herrschaft, aber auch die Folgen des Krieges für die eigene Bevölkerung. Mit seiner Familie kam er 1945 nach Thüringen, wo er mit Antifaschisten in Kontakt kam und sich für einen antifaschistisch-demokratischen Neuanfang engagierte.

An der Friedrich-Schiller-Universität Jena beschäftigte er sich intensiv mit dem Faschismus und der Verantwortung der Konzerne, bevor er sich an der Humboldt-Universität Berlin mit der Schrift »Antisemitismus und Judenverfolgung (Januar 1933 bis August 1935)«. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus« habilitierte. Dieses Thema und die Geschichte der NSDAP und ihrer Repräsentanten begleiteten ihn als Wissenschaftler bis zu seinem Tode. Als Inhaber des Lehrstuhls für deutsche Geschichte wurde er jedoch im Zuge der Abwicklung der Sektion Geschichte 1992 entlassen.

Wir haben Kurt Pätzold in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur als Wissenschaftler, sondern als engagierten Mitstreiter in den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen erleben können.

Er mischte sich ein in die Goldhagen-Debatte, kämpfte als Wissenschaftler gegen die Denunziation der überlebenden Buchenwald-Häftlinge durch die Veröffentlichung von Nithammer/Wannemacher »Die roten Kapos« und zeigte in der Debatte um die Ausstellung »Vernichtungskrieg« und den »Fall Barbarossa« die Verdrängungen bundesdeutscher Geschichtssicht auf.

Wir haben Kurt Pätzold als Gesprächspartner, als Referenten auf Kongressen und bei Veranstaltungen erlebt. Dort wurde er für seine wissenschaftlichen klaren politischen Perspektiven geschätzt. Trotz zunehmender Erkrankung war er bis in die letzten Tage seines Lebens von einer enormen Schaffenskraft geprägt.

Kurt Pätzold hat als Geschichtswissenschaftler der linken und antifaschistischen Bewegung einen enormen Fundus an Wissen und Erkenntnissen zur Verfügung gestellt. Als politischer Mensch hat er sich als Teil der fortschrittlichen Bewegung gesehen und sich vielfältig und engagiert an den kritischen Debatten über das Scheitern der DDR und der anderen sozialistischen Staaten beteiligt. Seine Stimme wird uns allen fehlen.

Für die VVN-BdA
Dr. Ulrich Schneider, Bundessprecher